

Pulsnitzer Tageblatt

Verlagsnummer 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz u.
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 M bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 M; durch die Post monatlich 2,60 M freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfl, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pfl; amtlich 1 mm
30 Pfl und 24 Pfl; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalbe, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorfer, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Weinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. B. Mohr)

Schriftleiter: J. B. Mohr in Pulsnitz

Nummer 187

Mittwoch, den 13. August 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil

Die alte Hogenbrücke über die Pulsnitz in Pulsnitz M. S. bei km 21,47 der Staats-
straße Dresden-Kamenz und die Brücke über den Pulsnitzmühlgraben sollen abgebrochen und
durch je eine neue Brücke ersetzt werden. Nach § 33 Absatz 1 des Wassergesetzes wird dies hier-
durch mit der Aufforderung bekanntgegeben, etwaige Einwendungen binnen zwei Wochen, vom
Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier anzubringen, widrigenfalls das Recht zum
Widerpruch gegen die von der Amtshauptmannschaft vorzunehmende Regelung verloren geht.
Die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen werden durch den Frei-
ablauf nicht ausgeschlossen.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 5. August 1930.

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar
bestem Erfolg

Gegen Zerstückung und Verfall des Mittelstandes

Warnungsruf des deutschen Handwerks anlässlich der Reichstagswahlen

Italien, Frankreich und die Treviranus-Rede

Berlin. Eine Gruppe der Handwerkerbünde im
Reichsverband des deutschen Handwerks
richtete als die vom Reichsverband des deutschen Handwerks
mit der Wahrnehmung der politischen Interessen des Be-
rufstandes beauftragte Organisation namens des gesamten
deutschen Handwerks nachstehende Erklärung an die poli-
tischen Parteien, soweit sie auf dem Boden der Privatwirt-
schaft und des Privateigentums stehen:

„Entgegen der Erfahrung, daß der Verfall der Mittel-
schicht das Verderben jeden Volkes ist, ist in der Nach-
kriegszeit die schwerste wirtschaftliche Schädigung und eine
weitgehende Zerstückung der deutschen Mittelschicht be-
trieben und zugelassen worden.“

Die Schutzmittel, welche die Verfassung des Deutschen
Reiches in ihrem Artikel 164 gegen Ueberlastung und
Aufsagung des Mittelstandes vorstellt, sind
von den gesetzgebenden Körperschaften nicht beachtet und
angewendet worden. Schuld hieran trägt zum größten Teile
das heutige parlamentarische System. Bei dem hiernach
jeweils erforderlichen parteipolitischen Ausgleich zur Er-
langung einer politischen Mehrheit sind

die Belange des deutschen Mittelstandes nach dem
Grundsatz der Ueberwindung des geringsten Wider-
standes am ehesten außer acht gelassen oder gar
preisgegeben worden.“

Gestützt auf diese Erfahrungen, wendet sich das deutsche
Handwerk mit größtem Ernste an diejenigen politischen Par-
teien, die den Schutz privater Wirtschaftsführung nach dem
Grundsatz der Selbstständigkeit und Selbstverantwortung und
bürgerlicher Kultur- und Persönlichkeitswerte in ihr Pro-
gramm aufgenommen haben.

Dem einseitigen Parteinteresse muß die notwendige
Rücksicht auf die deutsche Volksgemeinschaft und ihre bis-
her arg vernachlässigten Glieder des deutschen Mittel-
standes übergeordnet werden. Die lähmende Zersplitte-
rung der bürgerlichen Parteien muß beseitigt werden.

Wo ein Zusammenfluß möglich und zweckmäßig
ist, muß er mit allen Kräften durchgeführt werden. Der Bedeutung des deutschen Handwerks für die
Erhaltung eines gesunden deutschen Volkes ist durch An-
erkennung und Erfüllung der programmatischen berufs-
ständischen Forderungen des Handwerks Rechnung zu tragen
nach dem bewährten Wahlspruch:

„Nicht jedem das Gleiche, aber jedem das Seine!“

Angehörige des deutschen Handwerks sind in angemessener
Zahl an aussichtsreicher Stelle für das Parlament des
deutschen Volkes zu berücksichtigen. Das deutsche Handwerk
wird seinerseits mit allem Nachdruck seine Angehörigen zur
Beteiligung an den Wahlen anhalten und dabei nur die
jenigen Parteien berücksichtigen, von denen ausreichende
Garantien für die Anerkennung und Erfüllung der berufs-
ständischen Forderungen des Handwerks und für Auf-
stellung einer angemessenen Zahl von Abgeordneten aus
seinen Reihen gegeben werden.“

Frontsoldatengeist wünscht ehrlichen Frieden.

Treviranus über den Sinn seiner Ostrede.

Reichsminister Treviranus äußerte sich in einer Rund-
funkunterredung mit dem Chefredakteur des „Berliner
Börzen-Courier“ über den Sinn, den Geist und die
Voraussetzungen seiner Sonntagsrede. Er erklärte sich
überrascht darüber, eine kriegerische Stimmung an den Tag
gelegt zu haben. Wenn auch ohne amtlichen Auftrag und
ohne Messpflicht, sei seine Rede nichts anderes gewesen.

aus eine sorgsame Formulierung der Gedanken weitester
Volksschichten seit der Abstimmung im Osten. Der vielfach
mißverständliche Frontgeist sei das edelste Gefühl der Na-
meradschaftlichkeit und Verbundenheit sowohl zu oenen,
mit denen wir Schulter an Schulter kämpfen, als auch
über Gräben und Grenzen hinweg. Die Frontsoldaten seien
vielfach auch bei den Nachbarn erüber diejenigen, die
die politische Meinung vertreten, nicht nur gegeneinander
zu stehen, nein, gerade zueinander zu kommen. Dafür
wolle er auch weiter einstehen.

Der Minister wies weiter auf das Werk Stresemanns
hin und auch auf den von diesem mehrfach betonten
Unterschied zwischen den Bestimmungen über die West-
grenzen und die Verhältnisse im Osten. Eine Revision
des Artikels 19 sei von den Urhebern des Versailler
Vertrages selbst vorgesehen. Selbstverständlich seien ge-
schlossene Verträge bindend. Er selbst sei überzeugt, daß
keine Ausführungen eine Friedens- und keine Kriegsrede
gewesen seien. Wir hätten alles andere zu tun, als dar-
über Unklarheit zu lassen, daß für uns der Friede die
Voraussetzung der Lebensmöglichkeit ist, allerdings ein
ehrlicher, reiner und klarer Friede. In diesem Sinne
erkenne er Deutschlands europäische Sendung, die da-
von durchdrungen sei, daß nur durch das Recht unser
Vaterland frei und Europa glücklich werden könne.

Italien, Frankreich und die Treviranus-Rede

Rom, 12. August. Unter den von der italienischen
Presse lebhaft begrüßten Veranstaltungen anlässlich des ersten
Jahrestages der Weimarer Verfassung findet die Rede des
Ministers Treviranus besondere Beachtung. Die „Tribuna“
widmet ihren Leitartikel vom Dienstag dem Eindruck, den
die Rede in Frankreich hervorgehoben hat und erklärt, Frank-
reich zeige sich immer wieder überrascht von der Haltung
Deutschlands, weil die Franzosen sich durchaus kein klares
Bild von der wahren Lage Deutschlands machen wol-
len. Es sei hohe Zeit, endlich einzusehen, wie die Dinge
eigentlich lägen. Deutschland, obwohl keineswegs von krie-
gerischem Geiste befeelt, zeige deutlich, daß es nicht mehr
gewillt sei, die Fesseln des Versailler Vertrages zu
dulden, es verlange die Gleichberechtigung mit den
anderen Staaten. Wenn England auch den Status quo billige,
so sei es doch keineswegs geneigt, der französischen Hege-
moniepolitik beizustimmen. Italien habe nie einen Schritt
getan, um Frankreich eine ohnehin schwierige Situation noch
zu erschweren. Es weigere sich aber nach wie vor, Frankreich
bei einer ungewöhnlichen Politik Flankenschutz zu
bieten. Man solle, so schließt das Blatt seine Betrach-
tungen, in Frankreich nicht fortfahren, andauernd Ueber-
raschungen zu simulieren, sondern man solle sich bemühen,
die richtige Einstellung zur gegebenen Lage endlich
zu finden. Wenn Frankreich das bereits getan hätte, würde
Minister Treviranus seine Rede wohl gar nicht gehalten haben.

Dshilfe und Finanzreform.

In der Reichskasse fanden weitere Besprechungen über
die Dshilfe statt. Die bekanntgewordene Begrenzung der
Dshilfe auf nur eine Anzahl von Kreisen Nieder- und Ober-
schlesiens hat in Schlesien Bestrebungen hervorgerufen. Die bei-
den Oberpräsidenten von Ober- und Niederschlesien, Dr. Lu-
tjohann und Lüdeman, haben sich nach Berlin begeben,
um mit den für die Durchführung der Dshilfe zuständigen
Stellen zu verhandeln.

Deutschland und die Weltwirtschaftskrise.

Dem aufmerksamen Beobachter des Wahlkampfes muß
es aufgefallen sein, daß dieser, wie man nach der Auflösung
des Reichstages angenommen hatte, sich weniger um innen-
politische, als vielmehr um außenpolitische Fragen zu drehen
beginnt. Gerade in diesen Tagen haben sich die Stimmen
aus dem Auslande gemehrt, daß die Reparationen,
die Deutschland zahlen muß, der Grund alles Übels, auch
zum Teil der Weltwirtschaftskrise, darstellt. Einzig und
allein Frankreich zieht Nutzen aus den deutschen
Reparationszahlungen, baut seine Wehmacht und seine
Grenzbesetzungen aus, trägt seine inneren und aus-
ländischen Schulden und schwimmt in Gold, wobei von
einer Arbeitslosigkeit keine Rede ist. Dagegen spüren
Amerika und England bereits in großem Ausmaße
die Folgen der deutschen Milliardenzahlungen am eigenen
Leibe, was sich in einer steigenden Wirtschaftsdpression
und einer zunehmenden Arbeitslosigkeit in diesen
Ländern ausdrückt. Allein England hat über 2 Millionen
Arbeitslose. Auch das übrige Ausland fühlt, daß die deut-
schen Reparationszahlungen es in Mitleidenschaft ziehen,
daß „ein verarmtes Deutschland den finanziellen Tod
Europas“ bedeutet, darüber hinaus die wirtschaftlichen Be-
ziehungen zwischen den Völkern auf das Empfindlichste stört.

Poincaré hat am Sonntag in Chaillon wieder ein-
mal eine Rede gehalten, aus der hervorging, daß es Frank-
reich leblich um die Sicherung der Früchte des Weltkrieges
geht. Auch Briand hat in seinen großen parlamentarischen
Reden stets betont, daß Frankreich sein Ziel erreicht habe,
durch Locarno und Genf, durch Kellogg-Pakt und Young-
Plan Deutschland zur freiwilligen Unterwerfung zu bringen.
Der Versailler Vertrag steht nach der Meinung der Fran-
zosen heute gefestigter denn je da. Das Ziel Frankreichs,
politische und wirtschaftliche Vormachtstellung in Europa,
scheint erreicht. Und doch steht das Versailler Ver-
tragsystem auf tönernen Füßen. Es sei an
die Äußerungen Mussolinis erinnert, der eine wahrhafte
Befriedung Europas nicht sehen kann, solange Deutschland
und die Mittelmächte nicht gleichberechtigte Nationen in
Europa seien. Es sei an die Stimmen aus England,
Schweden und U. S. A. erinnert, die die deutschen Young-
Planen als Ursache der Weltkrisis bezeichnen, und gegen
Frankreich heftige Vorwürfe erheben, daß Frankreich nicht
die Schäden des Versailler Vertragsystems für die Welt
einsehen wolle. Die Dinge haben sich auf internationalem
Gebiet so gestaltet, daß ein willensstarkes Deutsch-
land jetzt mit den denkbar besten Aussichten auf Erfolg
eine Wendung in seiner Außenpolitik vornehmen könnte.

Die Kriegsentente fällt immer mehr auseinander
und das Versailler Mächtesystem ist in seinen Grundfesten
erschüttert. Italien, von seinen Bundesgenossen über-
vorteilt und beiseite geschoben, sieht die Möglichkeit zur ge-
samten Ausdehnung verbannt. Italien stehe heute in offenem
Gegensatz zu Frankreich. Im Zusammenhang damit ist das
gesamte Mächtesystem der Nachfolgestaaten und der Balkan-
länder in Bewegung geraten. Dazu kommt die Ent-
fremdung zwischen England und Frank-
reich, das immer enger werdende Verhältnis zwischen
den angelsächsischen Reichen. Frankreichs Stellung ist heute
schwächer als jemals seit dem Kriege. Daher ist Briands
Panaeuropavorschlag zu werten als der durch-
sichtige Versuch, das wankende Versailler Vertragsystem
durch diplomatische Künste zu stützen.

Wenn man die politische Lage Europas und der Welt
so sieht, dann wird man erkennen können, daß die Zeit für
eine Umformung der deutschen Außenpolitik in greifbare
Nähe gerückt ist. Da der Turmbau von Versailler in seinen
Grundfesten erschüttert ist, wird die deutsche Politik dahin
gerichtet sein müssen, eine Revision des Versailler Vertrags-
systems zu verlangen. Das wäre keine Abenteuerpolitik,
sondern nur die praktische und reale Ausnutzung
der gegebenen politischen Gesamtlage. Und

